



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Partizipations- und Integrationsgesetz für Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Partizipation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere auch zur Regelung der Rechte von Muslimen, zu erarbeiten. Dabei ist einerseits das Gebot der weltanschaulichen Neutralität des Landes, andererseits das Verbot einer Diskriminierung muslimischer im Verhältnis zu anderen Religionsgemeinschaften zu berücksichtigen.

Hierzu fordert der Landtag die Landesregierung auf, ein Dialogforum unter Federführung des Ministerpräsidenten einzusetzen, an dem Migrations- und Integrationsverbände, die muslimischen Verbände und Vertreter anderer interessierter Gruppen beteiligt werden.

Begründung:

Anders als eine Reihe anderer Länder hat Schleswig-Holstein bisher weder ein Teilhabe- und Integrationsgesetz für Menschen mit Migrationshintergrund erlassen noch eine Vereinbarung mit muslimischen Verbänden geschlossen. Es wird aber immer wichtiger, Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu eröffnen und gleichzeitig jede Benachteiligung und Bevorzugung wegen ihrer Herkunft oder ihres Bekenntnisses auszuschließen. Konkret kann beispielsweise eine Vertretung der Menschen mit Migrationshintergrund eingerichtet werden.

Besonders zu betonen ist die Notwendigkeit der Integration der bei uns in Schleswig-Holstein lebenden Muslime. In Anbetracht von 85.000 muslimischen Mitbürgern und den muslimischen Flüchtlingen, die vor Bürgerkrieg und Verfolgung bei uns Zuflucht suchen, ist eine moderne Regelung der Rechte und Pflichten auch der Muslime in

unserem Land dringend notwendig. Dazu gehört beispielsweise die Begehung islamischer Feiertage, ein Recht auf religiöse Betreuung in besonderen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Heimen oder Justizvollzugsanstalten sowie die Frage, ob muslimische Verbände eigene Friedhöfe betreiben dürfen. Integration ist keine Einbahnstraße. Deshalb halten wir einen breiten gesellschaftlichen Dialog für unerlässlich, denn auch der Islam gehört zu Schleswig-Holstein. Es geht um das friedliche Miteinander und darum unsere Zukunft zu gestalten. Hierzu gehört eine klare Absage aller demokratischen Parteien an die antimuslimische und anti-islamische Propaganda rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppierungen und Parteien. Ein Partizipations- und Integrationsgesetz ist darüber hinaus ein wirksames Signal gegen Bestrebungen islamistisch-extremistischer Organisationen, die versuchen ihr Welt- und Gesellschaftsbild in den muslimischen Gemeinden zu etablieren.

Dr. Patrick Breyer
und Fraktion